

OBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Deutsch-chinesische Beziehungen: Chinesischer Beifall für "antihegemonistische" Maßnahmen der Bundesrepublik (Olympia-Boykott, Türkeihilfe, Flottenentsendung in den Indischen Ozean) und Errichtung eines Handelszentrums in Hamburg

Mit Beifall nahm Peking (XNA, 17.4.80) die Empfehlung der deutschen politischen Behörden auf, kein olympisches Team nach Moskau zu entsenden.

Vernünftig sei auch die OECD-Entscheidung, der wirtschaftlich kranken Türkei mit 1,16 Mrd. US\$ unter die Arme zu greifen. 16 Länder, vor allem die USA und die Bundesrepublik, hätten erkannt, daß die südliche Flanke der NATO schnell gestärkt werden müsse (XNA, 17.4.80).

Xinhua (XNA, 11.4.80) berichtet ausführlich über eine Pressekonferenz in Bonn, bei der Sprecher Arnim Grünewald auf den Versuch der Sowjetunion hinwies, die Besetzung Afghanistans durch einen Vertrag zu legitimieren. Eine wirkliche Lösung könne es aber nur geben, wenn Moskau seine Truppen aus dem Nachbarland zurückziehe.

Die Afghanistan-Frage wird auch (XNA, 5.4.80) in Zusammenhang gebracht mit dem Beschluß der Bundesregierung, zwei Zerstörer (begleitet von zwei Versorgungs- und Reparatur-Schiffen) Ende April via Mittelmeer und Suezkanal in den Indischen Ozean zu entsenden, wo die Schiffe im Juni und Juli Karatschi, Colombo und Mombassa anlaufen werden. Angesichts der zunehmenden sowjetischen Flottenpräsenz im Indik (gegenwärtig 25 Einheiten) haben sich die USA nicht nur auf Entsendung von 24 Einheiten verlassen, sondern möchten auch ihre Verbündeten hier miteinbeziehen, um eine möglichst "multilaterale" Antwort auf die sowjetische Herausforderung zu erteilen. Gegenwärtig unterhält die französische Flotte rund 10 Einheiten im Raume von Dschibuti, Großbritannien hat eine Task Force von 6 Schiffen in den Indik entsandt, die dort zweimal im Jahr einige Monate lang kreuzt. Australien wird einen Flugzeugträger entsenden und auch Neuseeland hat Marinezusagen gemacht (XNA, 5.4.80).

Am 1. April eröffneten acht chinesische Außenhandelskooperationen in Hamburg ein Außenhandelszentrum unter Leitung von Sang Zhixing. Sang war bis Ende Oktober 1979 in Peking stellvertretender Generaldirektor der China National Machinery- Außenhandelsgesellschaft. Zweck des neuen Außenhandelszentrums ist es, den chinesischen Export in die Bundesrepublik zu erhöhen, wie Textilien, kunstgewerbliche Artikel, Lebensmittel, aber auch Rohstoffe, wie z.B. die schon bisher an Hamburg gelieferte Kohle.

Mehrere Städte hatten zur Auswahl gestanden, u.a. Düsseldorf, Frankfurt und (vielleicht auf Betreiben von Franz Josef Strauß) München. Hamburg erhielt den chinesischen Zuschlag vor allem deshalb, weil es hier zahlreiche Handlungshäuser gibt, die das China-Geschäft schon seit dem 19. Jahrhundert betreiben. Außerdem erhofft sich Peking Hamburger Hilfe beim Ausbau verschiedener Häfen. Nach Tokio und London ist die Hamburger Filiale das dritte Außenhandelszentrum in der westlichen Welt.

-we-

WESTEUROPA

(2) Beziehungen zwischen der KP Chinas und der KP Italiens wiederhergestellt

Eine Delegation der Kommunistischen Partei Italiens unter Leitung ihres Generalsekretärs Enrico Berlinguer stattete vom 14. bis 23. April China einen Freundschaftsbesuch ab und wurde von Hua Guofeng, Vorsitzender des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, empfangen (Näheres Thema "Gute und böse Eurokommunisten").

-we-

LATEINAMERIKA

(3) Kubanische Flüchtlinge und die Abhängigkeit Kubas von der Sowjetunion

Anfang April strömten rund 10.000 Kubaner in die peruanische und venezolanische Botschaft in

Havanna, um politisches Asyl zu erhalten. Tausende traten darüber hinaus die Ausreise in die USA an.

Der Grund? Aus chinesischer Sicht (BRu 1980, Nr.16, S.15, 28) "ist das Volk unzufrieden mit dem Mangel an Nahrungsmitteln und Konsumgütern, dem Schwarzhandel und dem Zuwachs der Kriminalität. Obwohl die Sowjetunion Kuba täglich mit 9 Mio.US\$ unterstützt, verbessert sich die Wirtschaft Kubas nicht".

Kuba sei in seiner Ölversorgung heute nahezu vollständig auf die Sowjetunion angewiesen und müsse von dort 600.000 t Weizen im Jahr importieren. "Die von der Sowjetunion finanzierten Projekte bestreiten 30% der Energieversorgung des ganzen Landes, 95% der Stahl- und 100% der Stahlblechproduktion." Zwei dunkle Folgen zeichneten sich ab:

- Als Gegenleistung entsende die Regierung immer mehr Expeditionskorps ins Ausland, die für die Sowjetunion Kastanien aus dem Feuer holen. "Heute sind 36.000 kubanische Soldaten in Angola und Äthiopien stationiert. Die Last dieser Expeditionskorps muß von der kubanischen Wirtschaft getragen werden."
- Wegen des Engagements in Afghanistan sei die Sowjetunion heute nicht mehr in der Lage, Kuba noch in benötigtem Maße zu unterstützen. Die Folge: Kuba muß sich wegen der Abhängigkeit von der Sowjetunion immer mehr in Expeditionsabenteuer stürzen, kann aber von der Sowjetunion keineswegs in höherem Maße unterstützt werden, da Moskau angesichts seiner Expansion von Tag zu Tag selbst schwerer belastet ist: ein Teufelskreis.

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(4) Die sowjetische Invasion Afghanistan ist 100 Tage alt: Politische Lösungen?

In einem "Jubiläums"-Artikel zum einhundertsten Einmarschtag weist Xinhua (XNA, 6.4.80) auf einige der Konsequenzen des Falles Afghanistan hin:

- Die Spannung in der Welt hat sich erhöht; die Sicherheit in Südasien, Europa und Ostasien ist bedroht.
- Der sowjetische Einfluß in der Dritten Welt hat merklich nachgelassen.
- Die Blockfreien-Bewegung ist ausgehöhlt. Die sowjetische Invasion ins blockfreie Afghanistan habe vor allem die "block-

freien" Länder Kuba und Vietnam bloßgestellt.

- Der Westen ist aufgewacht und strebt entschiedene Maßnahmen gegen Moskaus Expansion an.
- Die Stationierung von 80.000 Mann Sowjettruppen schlägt auf die Situation zu Hause und auf die Wirtschaftslage der Sowjetunion zurück.
- Einige sowjetfreundliche Länder, nicht zuletzt aber auch verschiedene Kommunistische Parteien sind aus dem sowjetischen Kurs ausgeschert.
- Verschiedene Kräfte der Welt suchen angesichts der sowjetischen Bedrohungen neue Bindungen. U.a. kommen sich offensichtlich arabische und westeuropäische Länder näher. Auch die Golfstaaten scheinen zu mehr gegenseitiger Kooperation bereit.

Offensichtlich aus Legitimationsgründen heraus hat die Sowjetunion Anfang April mit Afghanistan einen Vertrag über den "vorläufigen Verbleib" der sowjetischen Truppen im Nachbarland ratifiziert, um so eine politische Lösung vorzutauschen. Xinhua (12.4.80) zieht eine Prager Parallele: Zwei Monate nach der Invasion in der CSSR habe Moskau 1968 mit den tschechischen Behörden ebenfalls einen Vertrag über den "vorläufigen Verbleib" der sowjetischen Truppen in der CSSR unterzeichnet, und die Truppen stünden heute, zwölf Jahre später, immer noch in jenem Land. Die Bedingungen für eine wirkliche politische Lösung werden erst dann herangereift sein, wenn die Sowjetunion angesichts des Widerstandes der Afghanen und der Weltöffentlichkeit erkannt hätten, daß es wirklich keinen anderen Weg gebe, als sich wieder aus Afghanistan zurückzuziehen. Hierzu werde es allerdings noch einer langen Zeit bedürfen (vgl. auch XNA, 8. und 9.4.80).

-we-

(5) Iran: Gefahr von seiten der Sowjetunion, Konsultationen mit den USA und mit dem Irak gefordert

Nach 2500 Jahren Monarchie besteht die "Islamische Republik Iran" nunmehr ein Jahr (1. April 1979 - 1980). Xinhua (XNA, 1.4.80) zieht eine negative Bilanz. Die politische Unrast habe der Wirtschaft des Landes erheblichen Schaden zugefügt. Die Erdölförderung sei zurückgegangen, die Zahl der Unbeschäftigten gestiegen. Zwar habe die Regierung sich gegen die Sowjetunion geäußert ("weder Ost noch West, sondern einzig und allein der Islam" heißt die Parole), doch bestehe die Gefahr, daß die Sowjetunion die iranisch-amerikanischen Differenzen zu ihren Gunsten ausnutze. Der Kreml hofft: Je größer die Unruhe in der Golfregion und im Mittleren Osten, desto besser entwickle sich die Lage für Moskau. Je länger die Geiselfrage anhalte und

aussichtslos erscheine, desto günstiger entwickle sich die Lage für Moskau. Gleichzeitig lenke das gescheiterte amerikanische Unternehmen zur Befreiung der Geiseln die Aufmerksamkeit der Welt von der sowjetischen Afghanistan-Politik ab. Schon hätten die sowjetischen Divisionen an der Grenze zum Iran 60-80% ihrer vollen Stärke erreicht. Verstärkt wurden vor allem die sowjetischen Militärkräfte in der Region des Kaspischen Meers, in dem Gebiet dicht an der nördlichen Grenze der iranischen Provinz Ost-Azerbaidjan und der äußeren Kaukasien-Region. Es bestehe die Gefahr, daß die Sowjetunion nach der Invasion in Afghanistan nun auch nach Pakistan oder den Irak vorstoßen wolle (XNA, 12.4.80). China fordert, daß die amerikanisch-iranischen Differenzen durch friedliche Konsultationen gelöst werden müßten (RMRB, 13.4.80).

Besorgt äußert sich die chinesische Presse (BRU 1980, Nr.18, S.11 f.) auch zu den gespannten Beziehungen zwischen Iran und Irak. Zwischen beiden Ländern gebe es ungelöste Probleme entlang der 1000 km langen Grenze. Offen sei auch noch der beiderseitige Anspruch auf drei strategische Inseln im Golfbereich. Ein weiterer wunder Punkt seien die Spannungen zwischen den iranischen Schiiten und den irakischen Sunniten, und schließlich kompliziere auch noch die Kurden-Frage den Konflikt zwischen beiden Ländern. Es bestehe die Gefahr, daß die Sowjetunion einen möglichen offenen Konflikt zu ihren Gunsten ausnutze. Beide Staaten sollten doch angesichts ihrer Gemeinsamkeiten versuchen, die Probleme im Wege gegenseitiger Konsultationen zu lösen. Seit Anfang der siebziger Jahre gehört China zu den permanenten Verfechtern einer irakisch-iranischen Versöhnung, die 1975 für kurze Zeit Wirklichkeit zu werden schien.

-we-

(6) Antihegemonistische Tendenzen in der OPEC-Front und in Saudiarabien

Die ölproduzierenden Länder, die sich vor zwei Jahrzehnten in der "Organization of Oilproducing and Exporting Countries" (OPEC) organisiert haben, gewinnen zur Freude Chinas (XNA, 14.4.80) gegenüber den "Sieben Schwestern", also den sieben Ölmultis, von Jahr zu Jahr mehr Eigenständigkeit - ein Prozeß, der zugleich auch ihre Fähigkeit steigert, sich gegen den Zugriff der Sowjetunion zur Wehr zu setzen. Noch 1976 kontrollierten die "Sieben Schwestern" 17 Mio. Barrels Öl, 1979 dagegen waren es nur noch 12 Mio. Außerdem haben die OPEC-Länder in der Zwischenzeit eigene Ölraffinerien gebaut, eine eigene Tankertonnage erworben und z.T. auch ihre Verkäuferposition gestärkt.

Im internationalen Ölgeschäft unterscheidet man zwischen "Upstream Operations" (dazu gehören die Erdölerforschungen und Erdölbohrungen) und die "Downstream Operations", die sämtliche Transport-, Vermarktungs- und Raffinerie-Vor-

gänge umfassen. Fast ein Jahrhundert lang hätten westliche Ölfirmen beide Bereiche beherrscht. Seit Gründung der OPEC haben dann die ölproduzierenden Länder beide Operationsbereiche nach und nach stärker in den Griff bekommen. Selbst auf dem Gebiet der Downstream Operations seien sie nun gut im Geschäft.

In diesem Zusammenhang tritt Saudiarabien in ein äußerst positives Licht, obwohl dieses Land nach wie vor diplomatische Beziehungen mit Taiwan unterhält. Saudiarabien sei dazu übergegangen, die Türkei, Süd- und Nordjemen zu unterstützen und die Länder des Mittleren Ostens für eine stärkere Zusammenarbeit zu gewinnen. Vor allem die gewaltigen finanziellen Ressourcen des Landes, die durch das Öl erwirtschaftet werden, setzen Saudiarabien instand, diese Einnahmepläne voranzutreiben. Es sei aber auch höchste Zeit, denn zunehmend greife die Sowjetunion nach der Ölregion und bediene sich dabei sowohl der Drohung mit Gewalt als auch einer Diplomatie des Lächelns.

-we-

(7) Modellhafte Selbstdarstellung der Volksrepublik in Afrika: Kaunda besucht Peking

Vom 9.-15. April stattete Kennis Kaunda, Präsident der Republik Sambia, der der Volksrepublik bereits 1977 und 1974 Besuche abgestattet und dabei Gespräche mit Zhou Enlai und Mao Zedong geführt hatte, erneut eine Visite ab, die als "logische Fortsetzung der bisher so freundschaftlichen Politik zwischen beiden Ländern" bezeichnet wurde (XNA, 10.4.80). China habe die "epochemachende" Tansania-Sambia-Eisenbahn gebaut, habe mehrere der Hauptverkehrsstraßen in Sambia hergestellt, habe Brücken konstruiert und u.a. auch auf dem Gebiet der Verteidigung Beiträge geleistet, wie Kaunda betonte (ebenda). Die Chinesen gaben sich alle Mühe, die Identität der Interessen Chinas mit denen Sambias herauszustreichen: Beide seien Entwicklungsländer und beide kämpften gegen Kolonialismus und Rassendiskriminierung. Deng Xiaoping betonte darüber hinaus, daß die Drei-Welten-Theorie von China nach wie vor als Grundlage für die Beziehungen zur Dritten Welt anerkannt wird (XNA, 12.4.80). China wird von Sambia als Hauptkraft bei der Unterstützung des Kampfes der "patriotischen Kräfte" im südlichen Afrika, vor allem der Völker von Mozambique, Angola und Zimbabwe, also der "Frontstaaten" beim Kampf gegen Südafrika, anerkannt. China hat es verstanden, vor den Augen der Länder der Dritten Welt als ein Vorkämpfer gegen Kolonialismus und Rassismus aufzutreten.

Am 11. April unterzeichneten beide Seiten ein Protokoll über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie ein auf fünf Jahre geltendes Kulturabkommen, das die Bereiche Erziehung, Wissenschaft, Gesundheitswesen, Sport, Presse,

Politik, Rundfunk, Ausstellungswesen und den Austausch von Kulturträgern vorsieht (XNA, 11., 12.4.80).

Was den Chinesen weniger gefallen haben mag, war der Indien-Besuch, den Kaunda mit seiner China-Reise verband (XNA, 17.4.80).

Von antisowjetischen Äußerungen sahen die chinesischen Gastgeber diesmal ab. Der gemeinsame Feind schien ausschließlich Südafrika zu sein.
-we-

(8) Glückwünsche zur Gründung der Republik Zimbabwe

Am 15. April übersandte Hua Guofeng im Namen der Volksrepublik China an Premierminister Robert Mugabe "herzliche Glückwünsche" zur Gründung der Republik Zimbabwe im Bereich des ehemaligen Rhodesien (XNA, 17.4.80). Die Unabhängigkeit des neuen Staates wird die Bewegung für nationale Befreiungen in Südafrika erneut ankurbeln (RMRB, 18.4.80).

Beide Regierungen haben beschlossen, vom Gründungstag der Republik an diplomatische Beziehungen auf Botschaferebene aufzunehmen.

Am 16. April nahm Außenminister Huang Hua an den Unabhängigkeitsfeiern in Salisbury teil.
-we-

ASIEN

(9) Das strategische Ziel der chinesisch-japanischen Zusammenarbeit

Neben den zahlreichen Fäden, die das Beziehungsnetz zwischen China und Japan immer enger gestalten, besteht, wie der stellvertretende Ministerpräsident Yu Qiaoli bei seinem Besuch in Tokio hervorhob, auch noch das dicke Seil eines gemeinsamen außenpolitischen Interesses, das sich folgendermaßen definieren läßt: "Den Hegemonismus bekämpfen und den Weltfrieden wahren". Dies sei die gemeinsame Aufgabe der Völker der Welt und ihr gemeinsames Interesse. "Durch den Ausbau ihrer freundschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit können China und Japan gemeinsam an diesem Doppelziel mitarbeiten." (XNA, 11.4.80)

-we-

(10) Kampuchea: Strategische Lage am 5. Jahrestag des Demokratischen Kampuchea; schwierige Versorgungslage

a) Khieu Samphan, Präsident des Staatspräsidiums und Ministerpräsident der Regierung des Demokratischen Kampuchea, hielt am 17. April,

dem 5. Jahrestag (Phnom Penh wurde von den Khmers Rouges am 17. April 1975 erobert), eine Rede, die einen strategischen Sieg über die 250.000 vietnamesischen "Aggressoren-Truppen" suggeriert. Die Trockenzeit-Offensive des Jahres 1980 sei noch jämmerlicher gescheitert als die des Jahres 1979. Während der vietnamesische Feind 1979 weitgehend die Initiative gehabt habe, sei diese inzwischen auf die kampucheanischen Guerilla-Truppen übergegangen. Letztere hätten täglich rund 300 Mann ausgeschaltet, wobei jene feindlichen Soldaten, die an Malaria, Cholera und anderen Krankheiten starben, noch gar nicht mitgezählt seien. Jeden Monat habe der vietnamesische Feind zwischen 9.000 und 10.000 Mann verloren; ein Verlust, der nicht ersetzt werden konnte. Mit Hilfe der "3 Kampftaktiken" (angreifen, erschöpfen, zum Rückzug zwingen) habe es die Guerilla-Streitmacht des Volkes fertiggebracht, die "Kontrollzone" sowie die umkämpften "Guerilla-Zonen" immer weiter auf Kosten der "Zone unter vorübergehender Kontrolle des vietnamesischen Feindes" auszudehnen, obwohl der Feind alle "drei Arten von Waffen" (einschließlich des Aushungerns) angewandt habe.

Der Grund für diesen Sieg der Kampfeinheiten gegen ein Volk von 50 Millionen und 1,5 Millionen Soldaten bestehe darin, daß Regierung und Armee aufs engste mit dem Volk verbunden seien, so daß die Initiative an allen Fronten und mit allen Waffen, einschließlich primitivster Bambusfallen etc., geführt werden könnte. Aus diesem Grund auch habe der vietnamesische Feind seine frühere "Khmerisierung" (Aufrüstung "kambodschanischer" Truppen und Aufstellung eines "Lakaien-Regimes") durch eine inzwischen offen zutage tretende "Vietnamesierung" auf jedem Feld ersetzen müssen.

Weitere Hilfe sei auch durch die Entwicklung der internationalen Situation entstanden: Die drei Angreifer Sowjetunion, Vietnam und Kuba hätten international, vor allem in den UNO-Gremien, schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Andererseits unterstützten Thailand, die übrigen ASEAN-Länder und eine Reihe von Ländern der Zweiten und Dritten Welt das Demokratische Kampuchea. Die ASEAN-Länder seien sich bewußt, daß ein künftiges neutrales Demokratisches Kampuchea sehr wohl als Pufferstaat zwischen den vietnamesischen Expansionisten und dem übrigen Südostasien dienen könne (Rede vom 17.4.80, abgedruckt in SWB, 22.4.80).

Zum 5. Gründungstag des Demokratischen Kampuchea gratulierten auch Ministerpräsident Hua Guofeng und der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Ye Jianying (XNA, 16.4.80). Xinhua (XNA, 17.4.80) wies ebenfalls auf das Scheitern der vietnamesischen Trockenzeit-Offensive hin. Man muß allerdings fragen, ob dieses Scheitern auf den Widerstand der D.-K.-Truppen zurückzuführen ist oder aber auf Entscheidungen in Hanoi, die auf die internationale Situation Rücksicht nahmen. Außerdem kam es im Februar 1980 zu personellen Umstellungen in Hanoi (C.a.,

Februar 1980, Ü 8), die darauf hinweisen, daß der Entscheidungsapparat in Hanoi wahrscheinlich schon Wochen vorher gelähmt war.

Schon vor Beginn der Trockenzeit-Offensive sollten nach Meldungen der "Stimme des Demokratischen Kampuchea" (1.4.80 in SWB, 4.4.80) 9.000 vietnamesische Soldaten getötet oder verwundet worden sein, und zwar in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Oktober 1979. Überall haben die Khmers-Rouges-Truppen ihre "Kampfziele übererfüllt", so z.B. im Koh Kong- Kompong Som-Schlachtgebiet, wo das "Monatsziel von 800 Feindverlusten" mit 1.114 Verlusten weit übertraffen worden sei ("Stimme des D.K.", 25.3.80 in SWB, 31.3.80). Weiterhin klagen die Khmers Rouges Vietnam an, Giftgas einzusetzen (XNA, 22.3.80) und die internationale Hilfe für die demokratische Bevölkerung in eigene Kanäle zu lenken ("Stimme des D.K." in SWB, 10.4.80).

Bereits am 19. März war Khieu Samphan von seiner Reise in die VR China und nach Nordkorea (C.a., März 1980, Ü 16) zurückgekehrt (SWB, 26.3.80). Die chinesische Seite bemerkte dazu, daß es doch einen schweren Gesichtsverlust für die Führung in Hanoi bedeuten müsse, wenn der Führer einer Bewegung, die angeblich gar nicht mehr existiert, aus dem Dschungel spaziert, um im Ausland offizielle Besuche abzustatten.

b) Entwicklungen auf seiten der VRK

Auch die Regierung der VRK in Phnom Penh feierte den 17. April als Nationalen Gedenktag und nahm gleichzeitig zur Kampfplage Stellung. Verteidigungsminister Pen Sovan führte aus, daß die "drei Kategorien" der militärischen Streitkräfte der VRK bisher 45.000 Pol-Pot-Soldaten außer Gefecht gesetzt habe, und er verwies auf die günstige diplomatische Entwicklung: 29 Länder und 2 Nationale Befreiungsbewegungen sowie 6 internationale Organisationen hätten die VRK inzwischen anerkannt (Radio Phnom Penh, 17.4.80 in SWB, 23.4.80). Im März 1980 schloß Phnom Penh u.a. einen "Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag" mit der DDR ab. Heng Samrin war von einem DDR-Besuch am 23. März zurückgekehrt (SWB, 27.3.80).

In der Innenpolitik werden eine Reihe von Erfolgen verzeichnet: Am 20. März gab der Finanzminister und Vorsitzende der Nationalen Bank von Kampuchea, Chan Phin, bekannt, daß die VRK eine neue Währung einführe (SWB, 27.3.80). Kurze Zeit später wurden in Phnom Penh elf Läden für Konsumwaren unter großem zeremoniellen Aufwand eröffnet (SWB, 2.4.80). Am 8. April kam es zur Wiedereröffnung einer Gummiplantage in der Provinz Kompong Cham (SWB, 16.4.80). Auch die Verzögerungen im Hafen von Kompong Som, die an der langsamen Verteilung der internationalen Hilfsgüter schuld sind (SWB, 3.4.80), sollen demnächst beseitigt werden, nachdem es zum Abschluß eines kambodschanisch-sowjetischen Abkommens über die Wiederherstellung zerstörter Häfen und Verkehrsverbindungen gekommen ist (SPK in SWB, 11.4.80).

c) Stellungnahme Phnom Penhs zu Ausführungen Sihanouks

Am 2. April hatte Sihanouk in Peking eine Pressekonzferenz gegeben, in der er vier Punkte hervorhob: Nach seinen Vorstellungen sollte erstens der bewaffnete Kampf in Kampuchea aufgegeben werden, zweitens werde er nie mit der Pol Pot/Ieng Sary-Clique zusammenarbeiten, drittens möchte er gerne nach Kampuchea als normaler Bürger zurückkehren und viertens werde er keinerlei politische Rolle mehr spielen wollen, es sei denn, daß man sich seines Einflusses bei den USA, Frankreich und anderen westlichen Staaten bedienen wolle.

Der VRK-Außenminister Hun Sen ging auf diese Ausführungen am 11. April ein (SWB, 15.4.80). Sihanouk habe sowohl in Frankreich als auch in den USA Waffen für einen Krieg in Kampuchea erwerben wollen, sei dabei allerdings auf taube Ohren gestoßen. Wie könne er nun von Verzicht auf militärische Auseinandersetzungen sprechen? Ferner habe er sich der Pol Pot/Ieng Sary-Clique nicht zuletzt vor den Vereinten Staaten zur Verfügung gestellt. Schließlich habe er sich vor den Wagen Pekings und Washingtons spannen lassen.

Was schließlich noch eine andere Idee Sihanouks anbelangt, nämlich die freier Wahlen in Kampuchea, so müsse sie abgelehnt werden. Sihanouk selbst habe während seiner Regierung immer wieder Wahlen unterdrückt. Wie könne er verlangen, daß die Regierung der VRK heute ihren Feinden ein Recht gewährt, das diese früher immer verweigert hätten?!

Sihanouk verlangt bekanntlich, daß der Stuhl Kampuchreas in der UNO solange leer bleibt, bis das kambodschanische Volk in einer freien Abstimmung seine Regierung gewählt hat. Sihanouk verlangt ferner, daß, ähnlich wie 1954 in Genf, eine erneute Indochina-Konferenz stattfindet. Hun Sen kam auch auf diesen Punkt zu sprechen und lehnte eine internationale Konferenz ab. Wozu sei sie nötig, wenn doch die Regierung der VRK ohnehin das ganze Land kontrolliere. Der Versuch einer Reihe von internationalen Organisationen, eine sog. "Zwei-Zonen"-Theorie aufzustellen, sei ein Hirngespinnst.

Wie Sihanouk zu den Khmers Serei, also der dritten Kraft in Kampuchea, steht, ist bisher immer noch nicht ganz klar geworden. Kein Wunder, denn es handelt sich hier um einen recht unsicheren Verbündeten. Am 8. April kam es beispielsweise im Khmers Serei "Camp Nr. 204" auf thailändischem Gebiet zu schweren Auseinandersetzungen, bei denen mindestens 10 Khmers Serei-Soldaten getötet wurden. Fraktionskämpfe unter den "Blauen Khmer" gehören offensichtlich immer noch zur Tagesordnung (Bangkok Post, 13.4.80).

d) Die Versorgungslage für die kambodschanische Bevölkerung ist immer noch kritisch: In 10 der 18 Provinzen Kambodschas muß die ländliche Bevölkerung mit einer Monatsration von 1/2-2 kg

Reis pro Kopf auskommen, während das Hilfsziel der UNO-Organisation ungefähr 7 kg pro Kopf im Monat vorsieht, und die zuständigen Stellen in Phnom Penh die Abgabe von 21 kg pro Kopf und Monat als angemessen betrachten. Denis Gray, AP-Vertreter in Bangkok, der Kampuchea bereiste, geht davon aus, daß größere Teile der internationalen Reislieferungen von vietnamesischen Truppen übernommen werden. Die Phnom Penh behaupteten, Transportschwierigkeiten seien nicht glaubhaft. Immerhin hätten das Internationale Rote Kreuz, UNICEF und die private britische Hilfsorganisation OXFAM sowie die Sowjetunion den Kambodschanern rund 1.200 LKWs zur Verfügung gestellt. Hinzu komme, daß von den Hilfsgütern ein beträchtlicher Teil wegen Diebstahls, Abzweigung auf den Schwarzmarkt und Zerstörung durch unsachgemäße Lagerung gar nicht in die Verteilerkanäle komme (NZZ, 20.4.80).

-we-

(11) Die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen im Berichtszeitraum: Keine Verhandlungen mehr; Indien-Besuch des vietnamesischen Ministerpräsidenten; Ausrichtungsbewegung in der Innenpolitik

a) Seit der vietnamesische Unterhändler am 10. Februar 1980 Peking verlassen hat, ist es zu keinen weiteren Verhandlungen zwischen beiden Staaten mehr gekommen. Noch am 6. März hatte das chinesische Außenministerium vorgeschlagen, die bis dahin laufende zweite Verhandlungsrunde abzubrechen und die dritte Runde in Hanoi auf die "zweite Hälfte des Jahres 1980" anzusetzen (Näheres C.a., Februar 1980, 0 8a).

Von dem chinesisch-vietnamesischen Doppelritual (verhandeln und sich gegenseitig beschuldigen) wird aber der zweite Teil nach wie vor gepflegt. Die "Kommission für die Erforschung der aggressiven Kriegsverbrechen der chinesischen Expansionisten und Hegemonisten", wie ein im Jahre 1979 gegründetes Gremium in Hanoi heißt, hat auch für März wieder eine systematische Zusammenfassung der chinesischen Übergriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft gebracht (Radio Hanoi, 7.4.80 in SWB, 10.4.80).

b) Außenpolitik

Im Vordergrund stand der Indien-Besuch des vietnamesischen Ministerpräsidenten Pham Van Dong vom 7.-12. April.

Während Indira Gandhi die China- und Sowjetunion-Frage zumindest in ihren offiziellen Erklärungen ganz außer acht ließ und sich vor allem auf die Gemeinsamkeiten in der Blockfreien-Bewegung konzentrierte (ISI in SWB, 14.4.80), wies der vietnamesische Gast in verhältnismäßig zurückhaltendem Tone auf die vietnamesisch-chinesischen Probleme hin und hob vor allem hervor, daß von den Gegnern Vietnams und der Sowjetunion das "sog. Kampuchea-Problem" sowie das "sog. Afghanistan-Problem" benutzt

werde, um gleichzeitig das eigene Vorgehen zu decken (Chinas in Kampuchea, USA in Diego Garcia) (VNA in SWB, 11. und 14.4.80). In der Afghanistan-Frage allerdings habe es, wie Pham Van Dong in einer Pressekonferenz zugeben mußte, gewisse unterschiedliche Auffassungen gegeben (VNA in SWB, 11.4.80).

Pham Van Dong nahm die Gelegenheit beim Schopf, auch in den indischen Teil von Kaschmir zu reisen und dort auf zwei Punkte hinzuweisen: China habe 37.000 qkm indischen Bodens in Kaschmir besetzt und gleichzeitig die Sinkiang-Tibet-Straße durch das Territorium von Kaschmir zu expansionistischen Zwecken gelegt. Wörtlich: "Heute ist der Himmel über dem Kaschmir-Tal zwar klar; wenn wir aber weiterschauen, dann bemerken wir, daß der Himmel von dunklen Wolken bedeckt wird." (VNA in SWB, 14.4.80)

Außenminister Nguyen Co Thach betonte in einem Interview, daß Vietnam den von Ho Chi Minh seit 1958 vertretenen Standpunkt, daß ganz Kaschmir zu Indien gehöre, mit Entschiedenheit aufrechterhalte (Radio Hanoi in SWB, 22.4.80). Demnächst werde die indische Regierung die Heng-Samrin-Regierung anerkennen (ebenda). Indien erklärte sich bereit, den Vietnamesen beim Ausbau ihrer Infrastruktur zu helfen (Straßen, Elektrizitätsanlagen, Zementfabriken) (Radio Neu-Delhi in SWB, 11.4.80). Die Pekinger Volkszeitung (RMRB, 16.4.80) übte scharfe Kritik an den vietnamesischen Kaschmir-Ausführungen und erinnerte an die Erklärungen der vietnamesischen Tageszeitung "Nhan Dang" vom 30. April 1963, in der es hieß, daß "Imperialisten und ihre Anhänger ständig China damit verleumdete, daß dieses Land eine aggressive und expansionistische Politik gegen Indien betreibt." In der Tibet-Frage habe Pham Van Dong zweimal i. J. 1959 festgestellt, daß Tibet ein fester Bestandteil des chinesischen Territoriums sei. Habe man das alles vergessen?

Noch drei weitere außenpolitische Punkte sind von Bedeutung:

- Aeroflot hat die Zahl seiner Flüge von Moskau nach Hanoi vermehrt, und zwar via Wladiwostok (Kyodo in SWB, 11.4.80).
- Nachdem Indonesien die Errichtung einer 200-sm-Zone angekündigt hat, erklärte ein Sprecher in Hanoi, daß auch die vietnamesische Regierung am 12. Mai 1977 eine Erklärung über die vietnamesischen Hoheitsgewässer, über Wirtschaftszonen und den Kontinentalschelf veröffentlicht habe. In Punkt 7 heißt es dort, daß eventuelle Streitfragen mit anderen Staaten im Wege der Verhandlungen geregelt werden müßten. Da die indonesische Regierung in ihrer Erklärung vom 21. März 1980 ebenfalls die Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt habe, müßte man in der Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Hoheitszonen eigentlich bald ins reine kommen (VNA in SWB, 29.3.80).

- Da Vietnam seit 1978 gegenüber den Ländern Südostasiens eine Diplomatie des Lächelns betreibt, sei es veranlaßt, zu Berichten eines lokalen philippinischen Blattes Stellung zu nehmen, in dem es hieß, daß Vietnam die Moro National Liberation Front (MNLF) unterstütze. Es sei kein Wort davon richtig, daß Waffenunterstützungsbasen von Libyen nach Vietnam verlegt worden seien. Berichte dieser Art seien dazu bestimmt, die Freundschaft zwischen Vietnam und den Philippinen zu untergraben (AFP in SWB, 18.4.80).

c) Anlässlich des Todes von Staatspräsident Ton Duc Thang am 30. März 1980 kam die gesamte Führungsspitze zu den Trauerfeierlichkeiten. Hierbei zeigte es sich, daß im Politbüro keine Änderungen eingetreten sind. Alle 14 Politbüro-Mitglieder waren erschienen, unter ihnen auch der frühere, im Februar 1980 von seinem Posten zurückgetretene Verteidigungsminister Vu Nguyen Giap, der an siebter Stelle im Politbüro aufgeführt ist.

Nachfolger des Verstorbenen wurde der frühere Vizepräsident Nguyen Hu Tho. Tho (70), geboren in Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon), war früher Präsident des Präsidiums des ZK der südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront und Präsident des Beratungsausschusses der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Vietnam. Bei der Vereinigung der beiden Landeshälften im Jahre 1976 wurde Tho dann Vizepräsident der neuen SRV.

Die drei wichtigsten innenpolitischen Ereignisse im Berichtszeitraum zeigen zugleich, wo den vietnamesischen Staat z.Zt. am meisten der Schuh drückt.

- Da war einmal die Ausgabe neuer KP-Mitgliederkarten sowohl im Zivilbereich als auch in der Armee. Am 8. April gab Nhan Dan bekannt, daß die erste Runde der Erneuerung von Mitgliedskarten, wie sie anlässlich des 50. Gründungstages der KPV beschlossen wurde, beendet sei und daß nun alsbald die zweite Runde beginne. Eigentlicher Zweck dieses Austausches von Mitgliedskarten ist es, jedes einzelne Parteimitglied auf bestimmte Kriterien (Arbeitsleistung, Freiheit von Korruption und Verschwendung, Verständnis mit den Volksmassen etc.) zu überprüfen (Radio Hanoi, 7.4. in SWB, 19.4. und 29.3.80). Bezeichnenderweise lief gleichzeitig in einigen Provinzen eine "Antikorruptions-Bewegung", bei der Managermißbräuche und Unterschlagung öffentlicher Mittel untersucht wurden (Radio Hanoi in SWB, 19.4.80).

- Der Ausweitung von landwirtschaftlichen Produktionskapazitäten dient ein Dekret des Ministerrats vom 27. März (SWB, 22.4.80), in dem Maßnahmen für die beschleunigte Entwicklung der sog. "Neuen ökonomischen Zonen" beschlossen werden. Z.Zt. gibt es 7

solcher NÖZ, nämlich die NÖZ "Mekongdelta" mit zusammen 9 Provinzen, die vor allem Reis, Mais, Sojabohnen, Jute und Obst erzeugen soll, ferner die NÖZ "Südost" mit Saigon und weiteren drei Provinzen, die NÖZ "Zentrales Hochland" mit drei Provinzen (Stärkepflanzen, Gummi, Kakao, Kaffee und Mais), die NÖZ "Zentralküste" mit vier Provinzen (Baumwolle, Sojabohnen, Bananen und Viehzucht), die frühere "4. Zone" mit drei Provinzen (Rhizinusbäume, Tee, Kaffee, Pfeffer), das "Rote Flußdelta" mit vier Provinzen sowie Hanoi und Haiphong (Reis, Gemüse, Jute und Zuckerrohr) und die "Nördlichen Hügel- und Berggebiete" (9 Provinzen) (Tee, Rhizinus, Obst und Viehzucht).

Das Dekret ist in sechs Abschnitte aufgeteilt, die mit "Investitionspolitik", "Politik gegenüber den Arbeitern und ihren Familien, die in die NÖZ gehen", "Politik der Nahrungsmittelunterstützung", "Politik gegenüber Kadern", "Politik über die Stimulierung der Produktion" und "Politik der Entwicklung von Erziehung, des Gesundheitswesens und des sozialen Lebens" überschrieben sind.

Die interessantesten Vorschriften finden sich vor allem im 2. Abschnitt, wo den umzugswilligen Familien großzügig Zugeständnisse gemacht werden. U.a. sollen sie vom Militärdienst sowie von allen Hand- und Spanndiensten und eine Zeitlang auch von der Besteuerung ausgenommen sein. Ferner werden sie ermuntert, Familienbetriebe zu errichten, allerdings stets im Kollektivverband. Jede solche Familie soll 1.500 qm Boden für ihr Haus und für Anbauzwecke zugeteilt erhalten.

- Ferner hat der Ministerrat einen Beschluß über die Getreidepolitik erlassen, der in fünf Teile untergliedert ist ("Getreidebeschaffung", "Getreideverteilung", "Dezentralisierung der Getreideverwaltung", "Organisierung der Getreidemärkte" und "Organisatorische Anleitung bei der Ausführung"). Die zwei wichtigsten Prinzipien, die dem wortreichen Dokument zugrunde liegen, heißen: materielle Anreize und tendenziell lokale Autarkie. Die Anreize liegen darin begründet, daß Preise und Ankaufsquoten fünf Jahre lang gültig sein sollen. Durch Obererfüllung des Plans kann das einzelne Kollektiv m.a.W. erhöhte Gewinne erzielen. Sie dürfen das Überschußgetreide nämlich frei verkaufen, wobei allerdings "Spekulanten und Hordern" das Handwerk gelegt werden soll. Autarkie heißt, daß jeder Kreis nach Möglichkeit seine Getreideprobleme selbst lösen soll (Radio Hanoi, 17.4.80, in SWB, 26.4.80).

Dem Zweck einer besseren Getreideversorgung dient vermutlich auch der Nationale Bauernkongreß, der demnächst stattfinden soll (SWB, 19.4.80).

- Von allen innenpolitischen Entwicklungen

verursacht in Peking am meisten Stirnrundeln die sog. "Militarisierung Vietnams". Xinhua (24.3.80, in SWB, 31.3.80) verzeichnet vor allem eine Veränderung im Militärausschuß beim ZK, dem höchsten Militärorgan Vietnams. Bis Februar 1980 war der frühere Verteidigungsminister Giap 1. Sekretär und der heutige Verteidigungsminister Van Tien Dung, früher Generalstabschef, sein stellvertretender Sekretär. Inzwischen ist hier eine Veränderung eingetreten: Le Duan, Generalsekretär des ZK der KPV wurde Sekretär des Ausschusses, verdrängte also Giap aus dieser Position. Le Duc Tho, bekannt aus den Pariser Verhandlungen mit Kissinger und heute Nr. 6 im Politbüro, der gleichzeitig eine "Schlüsselfigur in der Le-Duan-Clique ist", wurde stellvertretender Sekretär. Gleichzeitig ist Tho noch Direktor der Organisationsabteilung beim ZK. Van Tien Dung ist 1. stellvertretender Sekretär des ZK-Militärausschusses geworden und hat, wie bereits erwähnt, auch Giap als Verteidigungsminister ersetzt. Van Tien Dung war bereits 1975 und Le Duan und Le Duc Tho zum Oberkommandierenden für den Feldzug zur "Befreiung des Südens" ernannt worden. Am 21. Dezember 1979 hat er in einer Rede die Soldaten und Zivilisten ganz Vietnams dazu aufgefordert, sich "eng um das Partei-ZK zu scharen, an dessen Spitze der respektierte und geliebte Le Duan" steht.

Neben diesen personellen Veränderungen sei es zu einer erheblichen Aufrüstung gekommen. Die vietnamesische Armee umfaßt nach chinesischen Angaben z.Zt. 1,2 Millionen Mann, das sind rund 2,2% der gesamten vietnamesischen Bevölkerung oder 17% der Männer im Militärdienst-tauglichen Alter. Um die paramilitärischen Organisationen, wie die Volksmiliz und die "Selbstverteidigungs-Einheiten" (eine Art Betriebs-Kampfgruppe) in allen Fabriken, Landwirtschaftsgebieten, Regierungsorganisationen und Schulen zu erweitern, lasse die vietnamesische Führung überall militärisches Training betreiben und baue militärische Einrichtungen auf. Zugleich wird im Zuge der "Bewegung zur Stärkung des Parteaufbaus" ein höherer Armeeanteil in die KP aufgenommen. 1979 beispielsweise traten 1.300 Marinesoldaten in die Partei ein und "übererfüllten" damit die "Zulassungsquoten" um 5,9%. Kurzum, die "Militarisierung des ganzen Landes" schreitet auf allen Gebieten fort - so die Schlußfolgerung des Xinhua-Kommentars.

Für Peking besonders ärgerlich ist auch die Ausbildung von Kosmonauten, die am Yuri-Gagarin-Kosmonauten-Trainingszentrum durchgeführt wird. Diese Kosmonauten sollen später zusammen mit sowjetischen Wissenschaftlern und Kosmonauten eine Weltraumfahrt antreten (Radio Hanoi, SWB, 19.4.80).

-we-

ALLGEMEINE GRUNDSATZE

DER AUSSENPOLITIK

(12) Die "Drei-Welten-Theorie" gilt nach wie vor

Beim Besuch des sambischen Präsidenten Kaunda (vgl. Übersicht) gab Deng Xiaoping bekannt, daß China nach wie vor an der "Drei-Welten-Theorie" des Vorsitzenden Mao festhält. "China gehört immer zur Dritten Welt. Es wird nie nach Hegemonie trachten, immer am proletarischen Internationalismus festhalten und entschieden gegen den Hegemonismus kämpfen" (XNA, 12.4.80).

Von mehreren Seiten waren in letzter Zeit Zweifel aufgekommen, ob die 1974 von Deng Xiaoping bei der UNO-Rohstoff-Sonderkonferenz verkündete Drei-Welten-Theorie in der Zwischenzeit nicht ausgehöhlt worden ist: Zählen die USA beispielsweise, wie seinerzeit bekanntgegeben, nach wie vor zur Ersten Welt? Haben die Diskussionen um den sozialistischen Charakter der Sowjetunion nicht einen weiteren Grundstein zum Einsturz gebracht? Bei verschiedenen Diskussionen (C.a., Dezember 1979, 02 und März 1980, 05) war ja von chinesischer Seite bereits hervorgehoben worden, daß die Sowjetunion, obgleich sie nach außen hin hegemonistisch aufträte, nach innenhin doch eine "im großen und ganzen sozialistische Nation" sei.

Beide Bedenken sind ungerechtfertigt, wenn man Entstehungsgrund und Essenz der Drei-Welten-Theorie bedenkt: Schon in der Frühzeit unterschieden die chinesischen Kommunisten bei der Analyse von Freund-Feind-Verhältnis stets zwischen drei Teilen, nämlich zwischen "Freunden", "Feinden" und Zwischenschichten, welche letztere es jeweils in die gemeinsame Front mitherüberzugewinnen gelte. Diese Betrachtungsweise galt sowohl innenpolitisch (z.B. bei der Landreform, als man beispielsweise die oberen Mittelbauern und sogar die Reichen Bauern zum Kampf gegen das Grundbesitzertum engagierte, als auch in der Außenpolitik, wie 1964 bei der Verkündung der "Zwischenzonen-Theorie" bekannt wurde. Diese triadische Betrachtungsweise hat schließlich auch in der Drei-Welten-Theorie ihren Niederschlag gefunden. Die Drei-Welten-Theorie ist, ebenso wie die Zwischenzonen-Theorie nicht ein simples politologisches Analyse-, sondern vielmehr ein Kampfoptionenmodell, anhand dessen China alle jene Partner sucht, die maximal gegen den jeweiligen Hauptfeind zusammengeschlossen werden können. Sollten sich die USA als Partner eignen, so stünde Peking auch keine Sekunde lang an, die Gemeinsamkeiten auf Kosten der Differenz herauszuarbeiten. Nach wie vor besteht ja aus chinesischer Sicht ein Hauptgegner, nämlich der "Sozialimperialismus", den es zu bekämpfen gilt. Sollte man die USA für diesen Kampf gewinnen können - umso besser. Die USA sind zweifellos ein Land, das denselben

Grundcharakter wie China aufweist, welches sich ja wiederum selbst zur Dritten Welt zählt. Sie könnten sich jedoch - angesichts des zwi- schendurch recht rückläufigen "Hegemonismus" in ein Land der Zweiten Welt verwandelt haben. An den Grundkonstanten der Drei-Welten-Theorie ändert dies nichts. Diese Theorie könnte nur dann zum Einsturz kommen, wenn es plötzlich keinen Hauptgegner mehr gäbe. Zu den Grundüber- legungen der Widerspruchstheorie Maos, die auch heute noch volle Anerkennung findet, gehört jedoch die Erkenntnis, daß es immer Widersprü- che geben wird und daß die Fülle der Widersprü- che stets durch einen Hauptwiderspruch strukturiert wird. Solange dieses Denken fortbesteht, wird es immer einen Hauptgegner geben. Es ist nicht abzusehen, wann eine andere Macht die Sowjetunion in dieser Rolle ablösen soll.

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

UND

KONFERENZEN

(13) Die Volksrepublik ist Mitglied im IMF

Am 17. April wurde die Volksrepublik China in den Internationalen Währungsfond (IMF) aufgenom- men. Die Volksrepublik übernimmt die seit 1946 eingefrorene Quote Chinas in Höhe von 550 Millionen Sonderziehungsrechten (SZR), die gegenwärtig rd. 700 Mio. US\$ entsprechen. Bislang wurde diese Quote von Taiwan gehalten. Über den zukünftigen Status Taiwans, das bislang den chinesischen Sitz im IMF eingenommen hatte, wurde noch nichts bekannt.

Der Währungsfond hat die Verhandlungen mit Tai- wan über die Begleichung aller Verbindlichkei- ten gegenüber dem Fond abgeschlossen. Danach kauft die "Republik China" ihre Reservetranche in Höhe von 107,6 Mio. SZR zum heutigen Gegen- wert von rd. 140 Mio. US\$ (1 SZR = 1,30 US\$) zurück. Dieser Betrag war dem Land in Form von SZR zugeflossen, jedoch nicht ausgenutzt wor- den.

Taiwan wird vermutlich ebenfalls die Mitglied- schaft als "China" in der Weltbank und in der Internationalen Development Association (IDA) an die Volksrepublik verlieren.

Die Entscheidung des IMF, Taiwan auszu- schließen, wird sich weniger auf das finanziel- le Standing des Landes als vielmehr auf seinen politischen Anspruch, ganz China zu repräsen- tieren, auswirken. Taiwan wird in Zukunft noch mehr isoliert sein.

Yu Kuo-hua, der Gouverneur der Zentralbank,

räumte ein, daß das Land keinen Zugang mehr zu bestimmten Informationen haben werde, die der Währungsfond auf seine Mitglieder beschränkt habe. Die finanziellen Auswirkungen hingegen seien gering. Taiwan hat seit 1968 eine posi- tive Zahlungsbilanz und verfügt gegenwärtig über mehr als 7 Mrd. \$ gegenüber 3,5 Mrd. \$ Zah- lungsverpflichtungen.

Einer der Hauptgründe, der den schnellen Bei- tritt der Volksrepublik zum IMF möglich machte, war ein Kompromiß mit Taiwan über die Rückkauf- modalitäten des Goldes, das es 1946 in den Fond eingebracht hatte. Taiwan konnte diese Quote von 470.708 Unzen Feingold zum alten Preis von 35 SZR pro Unze (rd. 45,50 US\$) zurückkaufen. D.h., das Land erhielt für rd. 21,5 Mio. US\$ eine Goldmenge, die zu Marktpreisen rd. 240 Mio. US\$ wert ist. Der Währungsfond hatte dieses Entgegenkommen an Taiwans Bereitschaft ge- knüpft, die oben erwähnte Reservetranche zu- rückzukaufen. Insgesamt ergibt sich durch diese Transaktion ein Überschuß von knapp 80 Mio. US\$ für Taiwan (AWSJ, 19. u. 22.4.80; FEER, 25.4.80).

Es wird vermutet, daß Peking nach seinem Bei- tritt zum IMF auch der Weltbank und deren Unterorganisation International Development Agency beitreten wird. Hierdurch erhält die Volksrepublik Zugang zu den relativ billigen Krediten dieser Organisationen.

China könnte zwar Milliardenbeträge bei priva- ten Geschäftsbanken aufnehmen, müßte diese Gel- der jedoch im Normalfall mit 0,5% über dem Lon- doner Geldsatz verzinsen. Dieser liegt gegen- wärtig für 6-Monatsgelder bei 17,6% p.a. Aus diesem Grunde hat China bisher die ihm einge- räumten Kreditlinien kaum genutzt. Die meisten Darlehen der Weltbank kosten demgegenüber 8,25% bis 8,5% p.a., IMF-Gelder für fünf Jahre wer- den mit weniger als 7% verzinst, Darlehen der IDA liegen noch günstiger.

-ga-

(14) Das Erbe von Bandung: Zum 25. Jahrestag der Konferenz

Vom 18.-24. April 1955 fand in der javanischen Stadt Bandung eine Konferenz statt, an der 340 Delegierte aus 23 asiatischen und 6 afrikani- schen Staaten teilnahmen, nämlich Afghanistan, Birma, Ceylon, China, Indien, Indonesien, Irak, Iran, Japan, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Laos, Libanon, Nepal, Pakistan, Philippinen, Saudiarabien, Syrien, Thailand, Türkei, Nord- vietnam, Südvietnam und Agypten, Athiopien, "Goldküste" (Ghana), Liberia, Libyen und Sudan. Es handelte sich hier m.a.W. um Staaten, die zum größten Teil gerade erst aus kolonia- ler/halbkolonialer Vormundschaft entlassen wor- den waren und die sich nun zu einem "Rütli- Schwur der Dritten Welt" zusammaten.

Ursprünglich hatte es eine Reihe von anderen Blockbildungen gegeben, nämlich die Idee eines

Buddhistischen Blocks (Thailand, Birma, Ceylon, Kambodscha und Laos), ferner das Projekt einer Einigung aller Thai-Stämme in Südostasien und nicht zuletzt den von Nehru schon 1941 verkündeten Gedanken einer Föderation Indiens, Chinas, Birmas, Ceylons und Afghanistans. Schließlich hielten die Mohammedaner 1951 in Karatschi eine eigene Konferenz ab.

Auf Initiative Nehrus, der sich zum Wortführer einer neutralen Politik zwischen den Machtblöcken in Ost und West erhob, kam der Gedanke einer dritten Kraft - oder besser der Gedanke eines dritten geschlossenen Blocks - auf. Es wurden Methoden der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit, Probleme der unabhängigen Völker und des Weltfriedens sowie eines Sonderfonds für wirtschaftliche Entwicklung diskutiert und ein Katalog von zehn Prinzipien der Koexistenz beschlossen.

Zum 25. Jahrestag brachte RMRB (24.4.80) einen Jubiläumsartikel, der dazu auffordert, den "Geist von Bandung" zu wahren. Bandung sei zu einem Wendepunkt in der Geschichte des Kampfes der afro-asiatischen Völker gegen den Imperialismus geworden. Seit 1955 hätten über 50 Länder ihre Unabhängigkeit erkämpft. Die Dritte Welt, bestehend aus rund 100 Entwicklungsländern, sei zur Hauptkraft im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus geworden.

Als Hauptquelle für die Unruhe in der Welt wird die Expansion der sowjetischen Hegemonisten genannt. Auch die "vietnamesischen Behörden" hätten mit ihrer Besetzung von Laos und Kambodscha gegen den Geist von Bandung verstoßen. Die zehn Prinzipien der Bandung-Konferenz, eine Weiterentwicklung der "Prinzipien der friedlichen Koexistenz" seien unvereinbar mit jeglichem globalen oder regionalen Hegemonismus.

Der "unvergängliche Geist von Bandung" besteht darin, "gegen den Hegemonismus und für die Wahrung des Weltfriedens zu kämpfen" sowie im Aufbau einer gemeinsamen Kampffront, in deren Reihen "Gemeinsamkeiten gesucht und die Differenzen zurückgestellt werden".

Mit keinem Wort wird in dem Artikel der "US-Imperialismus" betont, der doch 1954 noch so sehr im Mittelpunkt der Diskussionen gestanden hatte; auch über die Initiative Nehrus geht der Text hinweg. Schließlich repräsentierten die 29 in Bandung vertretenen Länder schon damals etwa 1,4 Milliarden Menschen und 55% der gesamten Erdbevölkerung. Daß sich die "Dritte Welt" in der Zwischenzeit recht erheblich differenziert hat und daß vor allem die Ölländer eine ganz neue Position einnehmen, wird ebenfalls verschwiegen. Betont werden nur die "antihegemonistischen" Gemeinsamkeiten.

-we-

INNENPOLITIK

(15) 14. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses

Die 14. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses fand vom 8. bis 16. April 1980 in Peking statt. Auf der Tagesordnung des höchsten Entscheidungsgremiums des chinesischen "Parlaments" zwischen den Tagungen des Nationalen Volkskongresses standen folgende Punkte:

1. Bericht des stellvertretenden Ministers der staatlichen Planungskommission, Li Renjun, über die Verwirklichung des Volkswirtschaftsplans von 1979 und den Volkswirtschaftsplan von 1980 (XNA, 19.4.1980).

2. Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Deng Yingzhao, über ihre Reisen nach Japan, in die DVR Korea, nach Birma, Sri Lanka und Thailand in den Jahren seit 1978 (XNA, 11.4.1980).

3. Bericht des Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofes der VR China, Jiang Hua, des Generalstaatsanwalts der Obersten Volksanwaltschaft der VR China, Huang Huoqing, und des Ministers für Öffentliche Sicherheit, Zhao Cangbi, über die Inkraftsetzung des Strafrechts (XNA, 12.4.1980; Xinhua, 11.4.1980 und Radio Peking, 11.4.1980, nach SWB, 19.4.1980).

4. Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden des Rechtsausschusses beim Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, Wu Xinyu, über den Änderungsentwurf des "Heiratsgesetzes der Volksrepublik China" (XNA, 12.4.1980).

5. Verabschiedung des Antrags an die 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses, die "Vier Großen" (Recht auf freie Meinungsäußerung, freie Aussprache, große Debatten und das Anschlagen von Wandzeitungen) aus Artikel 45 der Verfassung ersatzlos zu streichen (XNA; 16.17.18.4.1980; RMRB, 15.4.1980; vgl. GMRB, 2.4.1980; siehe auch C.a., Februar 1980, S.125 ff).

6. Beschluß über die Einberufung der 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im August 1980 in Peking. Die Tagesordnung wird einen Bericht über die Arbeit des Staatsrats (Regierungsbericht), die Beratung des Antrags des ZK der KP Chinas, die "Vier Großen" aus der Verfassung zu streichen sowie Beratungen des Änderungsentwurfs des Heiratsgesetzes der VR China und des Gesetzes über die Staatsangehörigkeit enthalten (XNA, 17.4.1980).

7. Beschluß über die Vollendung der Inkraftsetzung des Strafprozeßrechts bis zum Ende